

Kameradschaft

Mitteilungsblatt

Aktiv



November/ Dezember 2021 - Nr. 11/12

Aktuell – informativ – kritisch



Hubschrauberbeschaffung stockt

**Der Präsidenten-
brief an die
Kameradschaften**

Seite 2

**Der Waldbrand
und die Hub-
schrauber**

Seite 2-3

**Brennpunkte der
Weltpolitik:
Papst Franziskus**

Seite 6

**Aktuelle Berichte
aus den
Kameradschaften**

ab Seite 8



Der Präsidenten-brief an die Kameradschaften



SKB Präsident
Josef Michael Hohenwarther

Liebe Kameraden!

Es wäre zu schön um wahr zu sein: Wir alle haben schon gehofft, dass die Corona-Pandemie weitgehend ausgestanden ist. Leider wurden wir abermals eines schlechteren belehrt und sehen uns daher ab Montag, den 21. November, abermals mit Ausgangssperren und Zwangsschließungen konfrontiert. Es trifft auf diese Maßnahmen wohl nur das Wort „alternativlos“ zu, zu viel wurde seit dem Sommer versäumt und auch die Warnzeichen im Herbst wurden vielerorts nicht verstanden. Ich will keine Schuldzuweisungen tätigen, aber zeitgerechtes Handeln hätte uns viel erspart. Wenn es etwas Positives gibt, dann - auf die Kameradschaften bezogen - die Feststellung, dass heuer wenigstens ein Großteil der Jahreshauptversammlungen stattfinden und die statutenmäßig vorgesehenen Wahlen durchgeführt werden konnten. An einigen dieser sehr gut organisierten und durchgeführten Veranstaltungen konnte ich auch selbst teilnehmen. Damit konnte in vielen Fällen zumindest den vereinsrechtlichen Anforderungen Rechnung getragen werden. Nun steht uns abermals ein trauriger Spätherbst mit ebensolchem Winter bevor. Wir werden das nun in schon gewohnter Weise meistern. Wie heimtückisch die Pandemie ist, mussten wir auch

im Landesbüro erfahren! Unsere Geschäftsführerin war ebenfalls an Covid19 erkrankt, ist inzwischen aber wieder genesen. Dieser Krankheitsfall traf die Geschäftsführung jedenfalls völlig auf dem linken Fuß. Gerade in einer Zeit, in der zahlreiche Medaillenbestellungen zu erledigen waren, musste das Büro geschlossen werden. Es war dann Ute Huber, die wieder einmal ehrenamtlich einsprang und den größten Rückstau innerhalb weniger Tage, vor allem in den Abend- und Nachtstunden, abarbeitete. Damit war zumindest sichergestellt, dass die noch anstehenden Versammlungen ordnungsgemäß durchgeführt werden konnten und verdiente Kameraden die ihnen zustehenden Auszeichnungen und Ehrungen erhalten haben. Für mich hat dieser Anlassfall deutlich gemacht, dass wir uns im Büro breiter aufstellen müssen und in punkto EDV-Anlage nachbessern müssen, damit ein Weiterarbeiten auch im Krankheitsfall sichergestellt ist. Stichwort EDV-Anlage: wir waren leider in der jüngeren Vergangenheit mehrfach mit Teilabstürzen konfrontiert, welche dazu geführt haben, dass der Zeitungsversand in manchen Fällen nicht sichergestellt war. Wir werden uns bemühen, dies möglichst bald zu beheben und unser ganzes System, um ein Modewort zu gebrauchen, „resilient“ zu gestalten.

Trotz der nun unser Land heimsuchenden vierten Welle der Pandemie darf ich Euch ersuchen, Euren Optimismus und Lebensmut beizubehalten. Wahren wir die Tugenden der Kameradschaft und tragen diese ins Jahr 2022. Euch allen ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest!

Euer
Bgm. Josef M. Hohenwarther
Präsident

Der Waldbrand und die Hubschrauber

Der am 25. Oktober 2021 im Waldgebiet bei Reichenau an der Rax ausgebrochene Waldbrand sollte sich zum größten derartigen Ereignis in Österreich entwickeln. Erst nach 13 Tagen konnte das „Brand aus“ verkündet werden. Die Bilanz liest sich eindrucksvoll: 9.000 Helfer, darunter 7.750 Feuerwehrleute, waren im Einsatz. Es wurden 186.072 Einsatzstunden erbracht, 1.355 Fahrzeuge waren zu unterschiedlichen Zeiten an Ort und Stelle. 14 Verletzungen waren zu registrieren (Gott sei Dank keine besonders schweren Fälle). Das Innenministerium entsandte 132 Personen, das Bundesheer 337 Soldaten und die Bergrettung war mit 283 Mitgliedern vor Ort.

In die Löscharbeiten eingebunden waren Kräfte aus allen Bundesländern, vor allem von Feuerwehren aus Oberösterreich, Salzburg, der Steiermark, Tirol, Kärnten, dem Burgenland und Wien. Eine besondere Dimension erreichte auch der Lufteinsatz zur Brandbekämpfung: 16 Luftfahrzeuge waren im Einsatz, die 4.348 „Turns“ flogen. Die über dem Gebiet abgeworfene Wassermenge belief sich auf etwa fünf Millionen Liter. 619 Flugstunden wurden geflogen. Auf besonderes Interesse stieß der Einsatz ausländischer Löschflugzeuge. Italien entsandte zwei Canadair-Maschinen des Typs CL-415, die ihr Löschwasser in der Neuen Donau entnahmen, aus Deutschland kamen zwei Spezialhubschrauber Sikorsky CH-53 und aus der Slowakei ein Hubschrauber vom Typ Mi-17.

Löscheinsatz aus der Luft

Das Bundesheer brachte ab dem 26. Oktober 2021 zwei S-70 „Black Hawk“, zwei Agusta Bell 212 und zwei „Alouette“ III zum Einsatz. Darüber hinaus kam auch eine „Pilatus“ PC-6 zum Einsatz, deren Infrarot-Kamera

zum Erkennen von Glutnestern wertvolle Dienste leistete.

Die so erstellten Bilder konnten den Einsatzkräften und den Hubschraubern in Echtzeit übermittelt werden. Soweit die Daten und Fakten zu einem erfolgreich abgewickelten Einsatz. Es wäre aber nicht Österreich, wenn nicht noch während des Einsatzes ein politischer Streit ausgebrochen wäre.

Am 30. Oktober 2021 stellte SPÖ-Wehrsprecher Robert Laimer via APA-Aussendung die Frage: „Wo sind unsere Hubschrauber?“ Der Wehrsprecher führte dazu aus: „Von neun Blackhawks, die das österreichische Bundesheer besitzt, sind momentan nur zwei einsatzfähig. Sieben sind in der Wartung oder beim Upgrade im Ausland. Von den spärlichen zwei stand einer zwecks militärischer „Brautschau“ am Nationalfeiertag am Heldenplatz, und gelangte deswegen auch noch verspätet zum Großbrand.“

In einer Presseaussendung stellte das Verteidigungsministerium zunächst klar, dass sich die Anzahl der eingesetzten Fluggeräte nach den Anforderungen der zivilen Einsatzführung zu richten hat. Weitere Hubschrauber würden etwa bei EUFOR in Bosnien und Herzegowina bereitgehalten. Eingräumt wurde, dass sich planmäßig stets ein Drittel der jeweiligen Flotte in der Wartung befinde und dass die erforderlichen Modifikationen der „Black Hawk“-Flotte gerade laufen, wobei zwei „Black Hawk“ bereits grundüberholt seien und zwei weitere dieses Programm gerade durchlaufen würden.

Streit um Verantwortung

Deutlichere Worte fand N. Grund im Luftfahrtmagazin „Austrian Wings“ am 30.



„Alouette“ III-Maschinen halfen ebenfalls bei der schwierigen Brandbekämpfung.

Oktober 2021: „In Niederösterreich tobt der größte Waldbrand der Geschichte, der auch aus der Luft bekämpft wird - und ausgerechnet die SPÖ, die das Heer über Jahrzehnte mit kaputt gespart und teilweise auch sprichwörtlich „verteufelt“ hat, kritisiert die mangelnde Einsatzbereitschaft der „Black Hawk“-Flotte. Erbärmlicher geht es kaum. (...) Und während Soldaten, Flugpolizisten, Feuerwehrleute und sonstige Einsatzkräfte Übermenschliches leisten, buddelt sich SP-Landesverteidigungssprecher und Nationalrat Robert Laimer von der SPÖ darüber auf, dass nur zwei von neun Black Hawk des Bundesheeres einsatzbereit seien. (...) Der gute Mann scheint vergessen zu haben, dass das Heer, wenn man sich auf die SPÖ, (...) verlassen hätte, vermutlich nicht einmal Black Hawk hätte. Die wurden nämlich erst 1999 unter ÖVP-Verteidigungsminister Fasslabend bestellt - 9 Stück. (...) Besonders brisant: 1968 bestellte die Regierung unter dem ÖVP-Verteidigungsminister Georg Prader zwei Großraumhubschrauber vom Typ S-65, die im Mai 1981 unter dem SPÖ-Verteidigungsminister Otto Rösch nach Israel verschert wurden. Diese Helikopter hätten wir 1999 in Galtür dringend benötigt (...)

Zurück zum Black „Hawk Kauf“ von 1999: Die Option auf drei

weitere „Black Hawk“ wurde auch von den drei späteren SPÖ-Verteidigungsministern (...) NICHT eingelöst. Ausgerechnet erst unter einem FPÖ-Verteidigungsminister fiel in der Regierung Kurz I im Jahr 2018 der Entschluss zur Aufstockung der „Black Hawk“-Flotte auf zwölf Maschinen. (...) Übrigens, auch die Beschaffung von neuen Leonardo-Hubschraubern wurde, welche Überraschung, NICHT von einer Regierung, an der die SPÖ beteiligt ist, getroffen (...)“ - Soweit die Ausführungen des Korrespondenten des Luftfahrtmagazins. Stichwort: Beschaffung der Leonardo-Hubschrauber. Diese Großbeschaffung wurde von Verteidigungsministerin Klaudia Tanner in diesem Jahr verkündet. Geplant war ein „Government-to-Government“-Abkommen, d.h. Österreich sollte, um langwierige Vergabeverfahren auszuschließen, die Fluggeräte direkt bei der italienischen Regierung ankaufen.

Verzögerung beim „Leonardo“

Unfreiwillig eingestanden wurde damit wohl, dass die Beschaffung für die inzwischen 50-jährigen „Alouette“ III-Hubschrauber äußerst dringlich ist. Offenkundig hatte man aber diesbezüglich von Seite der bisherigen Verteidigungsminis-

ter keine so besondere Dringlichkeit gesehen. Wie auf den Gängen des Ministeriums jedoch bereits zu vernehmen war, hatte die Rechtsabteilung des Verteidigungsministeriums größere Bedenken gegen die gewählte Vorgangsweise aufgezeigt.

Das Beschaffungsvorhaben für die neuen Leonardo-Hubschrauber dürfte daher erheblich ins Stocken geraten sein und deutlich hinter dem Plan liegen. Am 8. November 2021 berichtete der ORF über diese Verzögerung: „Anders als bisher von Verteidigungsministerin Klaudia Tanner (ÖVP) angekündigt, werden nicht alle 18 Hubschrauber des Typs Leonardo AW169M, die aus Italien für das Bundesheer angeschafft werden, bis Ende nächsten Jahres an Österreich geliefert. So hieß es heute aus dem Verteidigungsministerium. (...) Nach jetzigem Stand sollen nun aber nur zwei der 18 Helikopter bis Ende 2022 eintreffen. Tanner hatte im APA-Sommerinterview Anfang September versichert, der Ankauf der 18 Leonardo-Hubschrauber in einer Gesamthöhe von 300 Millionen Euro sei im Plan.“

Die Helikopter würden 2022 geliefert und 2023 funktionsfähig sein. Zwölf Stück sollten in Aigen im Ennstal, sechs in Langenlebarn stationiert

werden. So rasch werde es nicht gehen, so dann eine Sprecherin Tanners zur APA. Statt aller 18 würden nur zwei der bestellten Leonardos bis Ende kommenden Jahres geliefert werden. Die übrigen laufend danach. Die Lieferung werde erst im Jahr 2023 abgeschlossen sein, hieß es. Die ersten Leonardo-Maschinen würden aber, wie bisher angekündigt, schon 2023 nach Einschulung der Piloten einsatzfähig sein.“ Dazu schrieb P. Huber in „Austrian Wings“: „Jetzt darf es nicht bei Danksagungen der Politiker für den Einsatz bleiben. Was es braucht, ist endlich mehr Geld für unser Bundesheer - viel mehr Geld. Sechs Militär-Helikopter, darunter zwei Black Hawk, stehen seit gut einer Woche im Einsatz. Eigentlich sollten es mehr sein, doch von den neun Black Hawk sind nur zwei flugbereit. Ja, (leider) richtig gelesen. Zu verantworten haben das in erster Linie die beiden Großparteien ÖVP und SPÖ, die das Heer seit Jahrzehnten kaputt gespart haben.“

Jetzt braucht es (...) einen Schulterchluss aller politischen Parteien und ein klares Bekenntnis zum Heer - in finanzieller Hinsicht. Es müssen endlich genügend Geldmittel bereitgestellt werden (...). Denn der nächste Einsatzbefehl kommt bestimmt.



Aus dem ÖKB-Bundesvorstand



ÖKB Präsident
Bgm. a.D. Ludwig Bieringer

Liebe Kameraden!

Es freut mich, dass gerade im Herbst 2021 viele Veranstaltungen der Kameradschaften stattfinden konnten bzw. nachgeholt wurden. Die Corona-Pandemie hat uns etwas Luft gelassen, um uns wieder treffen und unsere nach den Statuten vorgeschriebenen Versammlungen durchführen zu können. Leider war es mir persönlich nicht vergönnt, an diesen

Veranstaltungen teilzunehmen. Ich hatte vor einigen Wochen einen schweren allergischen Schock zu überstehen, von dem ich mich nun nach und nach erhole. Besonders danken möchte ich allen denjenigen, die mich in dieser Zeit durch ihre guten Wünsche und ihre Anteilnahme bestärkt haben und mir Zuversicht gegeben haben. Um Verständnis muss ich dafür ersuchen, dass ich aus Rücksicht auf meine Gesundheit an Veranstaltungen nicht teilgenommen habe. Ich werde dies, sobald es mir wieder gut möglich ist, selbstverständlich nachholen. Über das Geschehen im Salzburger Kameradschaftsbund wurde ich durch unsere Landeszeitung gut informiert und ich darf Euch allen dafür meinen Respekt zollen, dass die Kameradschaften auch in dieser schwierigen Situation zusammenstehen und das Beste daraus machen. Die Corona-Pandemie nimmt in Gestalt der 4. Welle noch einmal einen Anlauf und wird

uns aller Voraussicht nach noch einmal einiges abverlangen. Wir werden auch diese Welle mit Disziplin und Geduld bewältigen und hoffentlich im Jahr 2022 die Pandemie hinter uns lassen können. Auch im Herbst hat sich gezeigt, dass die Behörden ohne Mithilfe des Bundesheeres sehr rasch an ihre Leistungsgrenzen gelangen. Unsere Soldaten unterstützen in hervorragender und äußerst zuverlässiger Arbeit die Kontaktpersonenverfolgung der Bezirksverwaltungsbehörden, eine unschätzbar wichtige Arbeit, um die Infektionsketten durchbrechen zu können. Ich höre nur lobende Worte! Aber auch der Waldbrand auf der Rax hat wieder einmal die Wichtigkeit des Bundesheeres gezeigt. Über Anforderung der zuständigen Behörden traten verschiedene Hubschrauber in den Löschereinsatz und konnten neben dem verbissenen Einsatz hunderter Feuerwehrleute und mit Unterstützung ausländischer Löschflugzeuge schließ-

lich das „Brand aus“ bewirken. Gerade dieser Einsatz zeigt wieder einmal die Bedeutung der Luftstreitkräfte, in diesem Fall der Hubschrauber, eindringlich auf. Zwar wurden durch Bundesminister Klaudia Tanner die nötigen Modernisierungsschritte und Nachbeschaffungen bereits veranlasst. Aber bis das neue Gerät bzw. die modernisierten Hubschrauber wirklich da sind vergeht viel, sehr viel Zeit. Es ist also nötig vorzudenken und frühzeitig in Beschaffungen einzusteigen. Ich hoffe, dass unsere Verantwortlichen die Mahnung durch den Waldbrand richtig aufnehmen und das Erforderliche zeitgerecht tun. Euch allen ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes 2022!

Euer
Ludwig Bieringer
Präsident

Auf Horchposten

Vorbild Tito?

Am 17. November 2021 war die Sensation in Graz perfekt: Elke Kahr wurde als erste Kommunistin und erste Frau Bürgermeisterin der Landeshauptstadt Graz. Sie stützt sich auf eine rot-rot-grüne Rathausmehrheit.

Die Landeshauptstadt Graz wurde von 1973 bis 1983 von Alexander Götz (FPÖ), von 1983-1985 von Franz Hasiba (ÖVP), von 1985-2003 von Alfred Stingl (SPÖ) und seit 2003 bis zur Angelobung von Elke Kahr von Siegfried Nagl (ÖVP) regiert. Ein Kommen und Gehen der verschiedensten Parteien scheint in Graz durchaus zu den politischen Usancen zu gehören, da fällt dann auch eine bekennende Kommunistin kaum aus dem Rahmen und ist also kein Grund zu besonderer Aufregung. Es ist halt ein demokratisch zu Stande gekommenes

Wahlergebnis. Weniger im Verdacht „lupenreine Demokraten“ zu sein, stehen allerdings manche politische Vorbilder der neuen Bürgermeisterin.

In einem am 2. Oktober der kroatischen Tageszeitung „Jutarnji List“ gegebenen Interview machte sie aus ihrer Bewunderung für Josip Broz („Tito“) kein Hehl. „Tito ist mein Vorbild“ wurde der Beitrag übertitelt. Sie sagte im Interview, dass sie Tito sehr geliebt habe, bestätigte ihre Affinität zu den Tito-Partisanen und sagte weiter: „Ich habe Titos Weg der blockfreien Staaten tatsächlich für gut befunden. Es war das tauglichste System dieser ganzen Staaten, und ich hatte das Gefühl, so könnte es gehen.“ Kann man natürlich so sehen. Und schließlich ist die Glorifizierung von Tito in Österreich ja auch nicht strafrechtlich verfolgbar. Wenn man

das aber tut, sollte man vielleicht doch einen Blick auf die historischen Tatsachen werfen. Der Grazer Historiker Stefan Karner schätzte die Zahl der Menschen, die im ersten Jahr nach dem II. Weltkrieg von Partisanen und jugoslawischem Militär exekutiert wurden, auf mehr als 100.000. Soldaten und Zivilisten waren zu Kriegsende vor den Partisanen nach Österreich geflüchtet.

Auf dem Bleiburger Feld wurden sie von den Briten den Tito-Partisanen übergeben. Darunter befanden sich Angehörige der Volksdeutschen, deutsche Soldaten, serbische Tschetniks, kroatische Ustascha, Angehörige der slowenischen Heimwehr, kurz alles, was im Verdacht stand „konterrevolutionär“ zu sein. Die Massaker von Bleiburg (übrigens nicht weit von

Graz entfernt), im Hornfeld des Lagers Tüchern oder in den Panzergräben vor Marburg stehen für viele ungesühnte Verbrechen. In einem Bericht der EU aus dem Jahr 2008 ist festgehalten, dass die Entscheidung Gegner zu „vernichten“ im engsten Zirkel der jugoslawischen Führung getroffen wurde und der Befehl vom Oberbefehlshaber der jugoslawischen Armee, Josip Broz Tito, sanktioniert wurde. „Das tauglichste System“? „So könnte es gehen“, - wohl eher nicht!



Eine politische Premiere:

Ein Offizier und Bundeskanzler

Zumindest für die Zweite Republik ist es ein Novum, wenn mit Karl Nehammer ein Offizier des Österreichischen Bundesheeres an die Spitze der Bundesregierung tritt. Als Offizier – wenn auch im Ruhestand – gestatte ich mir, damit einiges zu verknüpfen. Warum? Maria Theresia hat einst im Gründungsauftrag für die Ausrichtung der österreichischen Offiziersausbildung das Motto der ersten Stunde vorgegeben: „Mach’ er mit tüchtigen Offizieren und rechtschaffenen Männern!“

Tüchtigkeit und Rechtschaffenheit

Ein Grundsatz, der bis heute in der Offiziersausbildung ungebrochene Gültigkeit hat. Karl Nehammer hat sich dieser Ausbildung unterzogen und als Offizier im Milizstand mehrfach seine Tüchtigkeit und Rechtschaffenheit bewiesen. Rechtschaffenheit im Sinne des Bestrebens, den Pflichten seines Standes auch als Minister mit militärischer Erfahrung gegenüber dem Staat und seinen Bürgern Genüge zu tun. In Rechtschaffenheit dienend. Nicht das Recht beugend oder gar arglistig interpretierend. Und schon gar nicht als Frevler ...

Wenn er nun nach Koordinierung der Regierungsarbeit diese gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit zu vertreten hat, besteht berechtigte Hoffnung, dass sich in Umsetzung der verfassungsgesetzlichen Vorgaben in Sachen Bundesheer bald etwas ändert. Auch wenn die Republik inmitten einer Krise – der vierten Welle einer Pandemie – steckt. Einer Welle, die eine ganze Reihe politischer Akteure so manchen Unterlassungen der Bundesregierung zuschreibend auf einen Nenner bringt: „Die Politik habe stets nur reagiert und nicht proaktiv gehandelt.“

Ceterum censeo

Unsere Bundesverfassung schreibt im Artikel 79 vor, das Bundesheer nach den Grundsätzen eines Milizsystems zu organisieren. Wie dieses zu geschehen hat, sogar wie es nicht zu organisieren ist, geht aus den parlamentarischen

Erläuterungen hervor. Diese Erläuterungen sind unmissverständlich. Gemacht wurde von Regierungen vergangener Jahre nahezu das Gegenteil. Der Verdacht liegt nahe, dass sich sogenannte politische Positionseliten für einen wesentlichen Teil des staatlichen Gewaltmonopols eher wenig interessiert haben – vielleicht weil es kaum Wählerstimmen zu bringen schien.

In den Vereinbarungen beider jüngster Koalitionsregierungen ist die Wiederherstellung der Verfassungskonformität unseres Heeres enthalten. Offenbar ist dies nicht mehr gegeben. Billige Interpretationen laufen hier auf eine Budgeterhöhung hinaus, als wär's das auch schon. Dass auch mehr finanzielle Mittel – so sehr solche auch notwendig sind, weil wesentliche Investitionen nicht getätigt wurden – lediglich die Investition guten Geldes in ein falsches System wären, will und will man nicht erkennen. Verfassungskonformität ist mehr. Wenn aus den Erfahrungen einer Teilmobilmachung im Vorjahr das Placebo einer auf drei Jahre aufgeteilten 200 Millionen Euro Geldspritze für „die Miliz“ und eine Reform der Zentralstelle erfolgt, so ist dies der Beleg, dass die politische Führung „die Miliz“ immer noch nicht als Organisationsprinzip für das gesamte Bundesheer verstanden hat. Das Denken, es handle sich dabei um eine weitere Teilstreitkraft, scheint bestimmend. Und das Denken, dass man mit dem Gebot zu allgemeiner Wehrpflicht nur mit Freiwilligen die notwendige Truppenstärke zur gesetzlichen Auftragser-

füllung erreichen kann, führte uns in jene wehrpolitische Sackgasse, in der wir jetzt stecken.

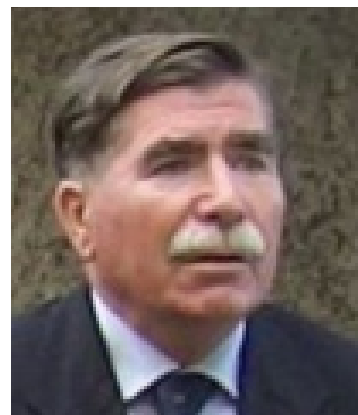
Dabei wird schamlos verschwiegen, dass Angehörige der Friedensorganisation (z.B. Ausbildungs- und Verwaltungspersonal) in zunehmendem Maße Aufgaben der Einsatzorganisation (z.B. Auslands-, Assistenzsätze) übernehmen müssen und daher wichtige Ausbildungsabschnitte für Wehrpflichtige seit Jahren nicht mehr durchgeführt werden können. Ein nach den Erläuterungen des Gesetzgebers organisiertes Heer, das nicht „mit Mann und Maus“ für Ausbildungszwecke und Einsatzvorbereitung übt, ist und bleibt nicht nur verfassungswidrig organisiert – es ist auch nicht effizient, weil es nur auf Papier in „beamteten Schreibtischladen“ existiert.

Pandemie und Landesverteidigung

Der Schutz der Bevölkerung eines Staates zählt zu den wichtigsten Aufgaben seiner Regierung. Dass diese Aufgabe weder mit „Schönsprech“, eleganten medialen Inszenierungen, noch mit Kulissen potemkinscher Dörfer zu erledigen ist, wurde spätestens bis zur 4. Corona-Welle selbst in den hintersten Talwinkeln unserer Heimat erkannt. Es braucht eine politische Führung, die sich am Gemeinwohl orientiert. Und es braucht das Erinnerungsvermögen der Bürger, dass es neben bürgerlichen Rechten (wie etwa dem der Freiheit) auch bürgerliche Pflichten gibt. Und sei es lediglich die Anerkennung,

dass der Freiheit des einzelnen Bürgers dort Grenzen gesetzt sind, wo sie die Freiheit anderer einschränkt.

Das gilt für die Bekämpfung der Pandemie gleich wie in Angelegenheiten der Landesverteidigung. Der neue Bundeskanzler hat sich dem Kampf gegen die Pandemie verschrieben. Eine große Mehrheit der Bürger setzt hier Hoffnung auf seine militärischen Tugenden in der Durchsetzung proaktiver Maßnahmen. Ich gestatte mir, diese Hoffnung auf ein Abarbeiten des Regierungsprogramms in Sachen Landesverteidigung zu erweitern. Denn auch dort ist die Zeit für proaktives Handeln längst gekommen. Es gilt wie in der Pandemiebekämpfung: Nicht das kurzfristig Populäre ist notwendig – es gilt, das langfristig Richtige umzusetzen und populär zu machen. Viel Soldatenglück!



Ein Kommentar von M. Gängsdorfer, Bgdr i.R. em. Gastprofessor am George C. Marshall European Center for Security Studies



Brennpunkte der Weltpolitik: Papst Franziskus – Jahr IX seines Pontifikates



Papst Franziskus im Jahr 2015

Als Papst Benedikt XVI. am 28. Februar 2013 seinen Amtsverzicht verkündete, endete damit auch das „lange Pontifikat“ Papst Johannes Paul II. Galt Johannes Paul II. als „starker Regent“, der den Lauf der Geschichte maßgeblich beeinflusste und seinen Teil zum Fall des „Eisernen Vorhanges“ beitrug, folgte diesem mit Benedikt XVI. ein „weiser Lehrer“ auf dem Stuhl Petri, dessen intellektueller Stil vielfach nicht verstanden, oder auch absichtlich missverstanden wurde.

Als sich der neugewählte Franziskus nach der Papstwahl am 13. März 2013 von den Gläubigen am Petersplatz mit den Worten „buona sera“ in die Nacht verabschiedete, hätte der Kontrast zu seinem Vorgänger nicht deutlicher ausfallen können. Schon bei diesem ersten Auftritt ließ Franziskus erkennen, dass in der Weltkirche alsbald ein anderer Wind wehen sollte. Was sonst als banaler Gruß abgetan hätte werden können, zeigte doch signifikant das Amtsverständnis von Franziskus auf, welcher der Weltkirche damit das Gefühl vermittelte, ein

Gläubiger unter Gläubigen sein zu wollen. Es scheint eine Vorliebe dieses Papstes zu sein, mit großen Zeichen zu regieren. Eines dieser fast schon ikonischen Bilder entstand, als er am ersten Corona-Karfreitag 2020 völlig allein über den Petersplatz schritt. Ein Bild, das sich einprägte und kaum mehr steigerungsfähig erscheint. Auch die Bilder der Fußwaschung in italienischen Gefängnissen oder mit Flüchtlingen zählen zu den starken Zeichen dieses Papstes. Diese Politik von Gesten und Symbolen bewahrt aber auch Franziskus nicht vor heftiger (innerkirchlicher) Kritik. Einer der Hauptkritikpunkte zielt auf die vermeintliche „Theologiearmut“ von Franziskus ab.

„Amoris laetitia“- Theologiearmut?

So mache sich Franziskus mit Eifer an sein pastorales Werk, untermauere dieses aber nicht durch lehramtliche Ausführungen. Eine Kritik, die sich besonders am Schreiben „Amoris laetitia“ („die Freude der Liebe“) entzündet hat. In diesem Schreiben fasste Papst Franziskus die Ergebnisse von zwei Bischofssynoden von 2014 und 2015 zusammen. Das Schreiben trifft richtungsweisende Aussagen zum Stellenwert von Liebe, Ehe und Familie. „Amoris laetitia“ enthält Aussagen zum Umgang mit wiederverheirateten Geschiedenen, zur Sexualmoral und zum Umgang mit Homosexualität. Kritiker orteten die Gefahr von Missverständnissen und irigen Interpretationen, vier Kardinäle baten den Papst fünf „Dubia“ (Zweifelsfälle) in dem Schreiben auszuräumen und stellten fest, dass dieses unter den Gläubigen „ernsthafte Orientie-

rungslosigkeit und große Verwirrung“ stiften würde. Indes scheint die Debatte um „Amoris laetitia“ die Intention von Papst Franziskus zu verkennen, der dieses Schreiben als Auftrag zu Selbstreflexion und ebensolchem verantwortungsbewussten Handeln verstehen will. Nur wer dem Papst unterstellt, dass er nicht grundsätzlich in der Kontinuität des Lehramtes steht, könnte in „Amoris laetitia“ einen Bruch erkennen.

Papst Franziskus verzichtet aber nicht auf sein Lehramt. Er verweist vielmehr kraft seiner apostolischen Autorität darauf, dass er nicht regeln muss, was bereits geregelt ist. Für ihn ist unmissverständlich klar: Was bisher galt, gilt auch weiterhin. Seine Theologie der „individuellen Verantwortung“ ist allerdings eine „Steilvorlage“ für viele. Franziskus will den Gläubigen Mut machen, aus der Verantwortung des Glaubens zu handeln. In „Evangelii gaudium“ forderte er eine Kirche, die an Ränder geht. Den Aufbruch zu einer Kirche, die diese Wege geht, müsse aber jeder selbst vollziehen. Franziskus forciert den synodalen Weg, er stellt klar, dass Diskussionen gewünscht sind. Als widerborstige Bischöfe in Italien, dies verweigerten, trug er diesen auf, eine Synode abzuhalten. Auch die Amazonassynode 2019 und die nun gestartete Weltsynode folgen diesem Ansatz.

Mutig-unentschlossen?

Allerdings: an der bestehenden Lehrmeinung der Kirche rüttelt der Papst nicht. Und damit passiert nun das, was wiederum viel an Kritik hervorruft: Diskussionen werden geführt, werden aber dann,

wenn sie einen gewissen Rahmen verlassen, durch ein Machtwort des Papstes beendet. So geschehen, als die Amazonassynode die Zulassung verheirateter Priester verlangte oder auch durch das Segnungsverbot für homosexuelle Paare, das die Glaubenskongregation mit Zustimmung des Papstes ausgesprochen hat. Um die Verwirrung vollständig zu machen, hat Papst Franziskus jedoch in der Frage des Diakonates von Frauen scheinbar wieder eine Tür geöffnet.

Auch die Kurienreform, die schon Benedikt XVI. als notwendig erachtete, sorgt für Widerstände und Wirrnisse. Das Handeln des Papstes erscheint daher vielen undurchschaubar, mutig und unentschlossen gleichzeitig, gebunden an die Lehrmeinungen seiner Vorgänger. Vielleicht ist die Kirche unter Franziskus damit aber auch nur in der neuen Zeit angekommen: In einer globalisierten Welt, die dem Individualismus verhaftet scheint, kann nicht nur auf „richtig oder falsch“, „schwarz oder weiß“ gesetzt werden.

Sollen die Gläubigen, die oft irgendwo zwischen diesen Polen beheimatet sind, abgeholt werden, muss das die Theologie und Lehrmeinung berücksichtigen. Franziskus tut das auf seine Weise: nicht ausschließlich harte Lehre, auch keine Beliebigkeit, sondern in der Zwischenwelt zwischen diesen Polen. Was mutig und gleichzeitig unentschlossen wirkt, trägt dieser Realität Rechnung. Ein schwieriger Weg, ein schwieriges Pontifikat, doch dazu wenig Alternative.

Abgeschlossen 15.11.2021

Ein Offizier der k.u.k. Kriegsmarine 1912-1918



Hans Freiherr Jordis v. Lohausen

Ein Offizier der k.u.k. Kriegsmarine 1912-1918

Format Din A 5, 252 Seiten, zahlreiche Abbildungen, broschiert

Preis: € 24.-

ISBN 978-3-901185-75-5

Österreichischer Milizverlag
Salzburg 2021

Es waren die kleinen Einheiten der k.u.k. Kriegsmarine, welche die Hauptlast des Krieges in der Adria trugen, während die Schlachtschiffe und Dreadnoughts, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, das Hafenbecken nicht verließen. Der Autor, Hans Freiherr Jordis von Lohausen, geboren im Jahr 1894, trat als Seeaspirant im September 1912 in die k.u.k. Kriegsmarine ein. Nach Kriegsausbruch versah er Dienst auf dem Zerstörer SMS „Lika“, einer jener kleinen Einheiten, die tagtäglich zur Erfüllung verschiedenster Aufträge ausliefen, sei es zur Störung der feindlichen Infrastruktur, als Geleitschutz oder um feindliche Truppen- und Nachschubtransporte zu unterbinden. Eine dieser Aktionen sollte durch einen gemischten Verband aus Zerstörern und Kreuzern gegen Durazzo (Dures) gerichtet werden, über das der Nachschub der Entente nach Serbien lief. Bei dieser Aktion lief zunächst „Lika“ am 29. Dezember 1915 vor Durazzo auf eine Mine und sank, wobei ein Teil der

Besatzung den Tod fand. Hans Jordis-Lohausen überlebte, rettete sich schwimmend zum Zerstörer „Triglav“, wobei er auch noch einen Kameraden durch Überlassung der Schwimmweste retten konnte. Aber auch „Triglav“ hatte bei dem Seegefecht schwere Schäden erlitten und musste aufgegeben werden, die Besatzung schiffte auf „Balaton“ über. Obwohl ein weit überlegener britischer Kreuzerverband versuchte, den Österreichern den Rückweg in die Bocche di Cattaro abzuschneiden, konnte das scheinbar Unmögliche geschafft und der Kreuzerverband ausmanövriert werden. Jordis-Lohausen diente nun vorübergehend auf dem Zerstörer SMS „Balaton“ und anschließend auf dem Torpedoboot 99. Jordis-Lohausen hat über seine Dienstzeit ein Tagebuch abgefasst, dessen größter Teil auch den II. Weltkrieg überlebte. Ein kleinerer Teil ging in seiner Wohnung in Graz gegen Ende des II. Weltkrieges verloren. Dieses Tagebuch wurde nun durch den Milizverlag in Buchform vorgelegt. Es handelt sich um ein sehr authentisches Werk, dessen Eintragungen einen direkten Einblick in die Erlebnis- und Gefühlswelt eines Marineangehörigen geben. Man spürt die Begeisterung der ersten Kriegstage, zahlreiche Meldungen von den Fronten, über tatsächliche oder vermeintliche Erfolge, haben Eingang in die Notizen gefunden. Dieser Stil der frühen Kriegstage ändert sich unmerklich bis ins Jahr 1917 hinein, in dem sich zunehmend kritische Zwischentöne über Anordnungen der militärischen Führung finden und auch deutlich wird, dass die frühe Siegeszuversicht einer gewissen Verbissenheit gewichen ist. Jordis-Lohausen lernte als Zeitzeuge zahlreiche bedeutende Persönlichkeiten der untergegangenen Monarchie kennen, die er dem Leser in seinem Tagebuch näher bringt. Später abgefasste Berichte und Bemerkungen ergänzen die Schilderung. Absolut bemerkenswert und einmalig ist das Bildmaterial, das aus dem

Fotoapparat des Autors stammt und hier erstmals veröffentlicht wird. Dazu kommen authentische Gemälde von Zeitzeugen, die ebenfalls erstmals veröffentlicht werden:

in Summe ein „Leckerbissen“ für alle, die an der k.u.k. Kriegsmarine interessiert sind.

Unter dem Schutz von Rupert und Virgil. Die Burgen und Befestigungsanlagen im Erzstift Salzburg. Vizedomamt Leibnitz – an Mur, Save und Drau



Bernd Huber

Unter dem Schutz von Rupert und Virgil. Die Burgen und Befestigungsanlagen im Erzstift Salzburg. Vizedomamt Leibnitz – an Mur, Save und Drau

Format Din A 5, 232 Seiten, zahlreiche Abbildungen, broschiert

Preis: € 25.-

ISBN 978-3-901185-84-7

Österreichischer Milizverlag
Salzburg 2021

Der nunmehr vorliegende vierte Band der Reihe über die ehemals salzburgischen Burgen und Befestigungsanlagen widmet sich der Oststeiermark und dem Gebiet des heutigen Sloweniens. Diese Region, oftmals auch als des „Reiches Hofzaun“ bezeichnet, war in besonderer Hinsicht den dramatischen Ereignissen verschiedener Fehden, vor allem aber der Türkenkriege, bis hin zu den Kämpfen in den letzten Tagen des II. Weltkrieges ausgesetzt. In gewohnt akribischer Weise wird die Geschichte der Salzburger Besitztümer dargestellt, die in ihren Anfängen auf großzügige Königsschenkungen zurückgehen, die unmittelbar nach den Awarenkriegen Karls des Großen erfolgten und so die Christianisierung und Urbarmachung

sicherstellen sollten. Nach der Zäsur der Ungarnstürme konnte das Erzstift in diesem Raum wieder Fuß fassen. Durch Schenkungen verschiedener Adelige entstand an der Save zwischen Lichtenwald (Sevnica) und Rann (Brezice) ein großer Besitz, der als „Kronjuwel des Erzstiftes“ sogar die Chance gehabt hätte, eine eigene reichsfürstliche Stellung zu erlangen. Das falsche Taktieren des Erzstiftes, das in der Auseinandersetzung zwischen Kaiser Friedrich III. und König Matthias Corvinus auf den Corvinen setzte und die enorme wirtschaftliche Belastung der Türkenkriege, machten diese Bestrebungen zunichte. Nach dem endgültigen Verlust von Rann an der Save an Habsburg zog sich das Erzstift ab dem ausgehenden 16. Jahrhundert schrittweise von seinen großen Besitzungen im untersteirischen Raum zurück. Nur Deutschlandsberg, das unter Fürsterzbischof Paris Graf Lodron sogar wieder zurückgekauft wurde, blieb bis zum Ende des Erzstiftes in Salzburger Hand. Die detailreiche Darstellung der Geschichte der ehemaligen Salzburger Besitzungen wird ergänzt durch die Darstellung der Besitzgeschichte nach dem Ende der Salzburger Herrschaft, als vielfach bedeutende österreichische Adelsgeschlechter ihren Familiensitz auf diesen Burgen und Schlössern hatten, wie z.B. die Familien Herberstein, Stubenberg oder Attems. Alle Ausführungen sind durch einen Quellen- und Zitatnachweis belegt, so dass diese problemlos nachvollzogen werden können. Wie auch bereits bei den vorangehenden Publikationen wurden sämtliche Burgen, Schlösser und Ruinen durch den Autor besucht und wird der erhaltene Bestand bzw. die Baugeschichte beschrieben.